

Abschiebungen nach Afghanistan: Arroganz und leere Worthülsen aus der Friedensstadt

Osnabrück. Am 07.11.2017 wollte die Linksfraktion einen Antrag in den Rat einbringen, der sich mit dem Thema Abschiebungen nach Afghanistan auseinandersetzt. „Unser Ziel war es ein Zeichen aus der Kommune an die neuen Regierungen in Land und Bund zu senden.“, begründet Heidi Reichinnek den Antrag. Vergleichbare Resolutionen gab es zuletzt in Münster, Darmstadt, Düsseldorf und Würzburg.

Der Antrag unserer Fraktion wurde bereits im Verwaltungsausschuss von der Tagesordnung genommen. „Hier zeigt sich wieder mal deutlich der Umgang mit kleinen Fraktionen und deren Themen. Es gab noch nicht einmal die Chance öffentlich im Rat das Ziel und die Begründung des Antrags zu thematisieren“, äußert sich Reichinnek empört. Weiter: „Die anderen Parteien hätten hier wenigstens so fair sein müssen, die Absetzung des Antrags in der Ratssitzung zu beantragen.“

„Dabei herrscht derzeit große Unsicherheit – es ist überhaupt nicht klar was die neuen Koalitionen im Land und im Bund beschließen werden. Aber auch jetzt finden Abschiebungen statt, angeblich nur von Straftäter*innen. Asyl- und Strafrecht darf aber nicht vermengt werden.“, stellt Heidi Reichinnek klar. Weiter: „Zudem scheint es nur eine Frage der Zeit bis die Anzahl der Abschiebeflüge zunimmt. Es gibt nur eine Option: Konsequenter Abschiebestopp!“

Denn eins ist klar: Afghanistan ist kein sicheres Land. Laut Global Peace Index 2017 ist Afghanistan das zweit unsicherste Land der Welt – vor Syrien. Von Anfang 2017 bis September 2017 gab es laut einem Report der Vereinten Nationen 8.109 Angriffe auf Zivilist*innen – davon endeten 2640 tödlich. Darunter 1.007 Angriffe auf Frauen (709 verletzt, 298 tödlich) und 2.480 auf Kinder (1.791 verletzt, 689 tödlich).

„Bei dieser Lage kann es nur einen Abschiebestopp nach Afghanistan geben!“, fordert Reichinnek. Weiter: „Darüber hinaus ist die Praxis des Rückkehrabkommens zynisch. Das Geld fließt mit Sicherheit nicht in den Aufbau des Landes und die Unterstützung der Rückkehrenden, sondern in die Taschen korrupter Politiker*innen.“

„Es ist wichtig, dass wir hier vor Ort, in den Kommunen, vehement für das Verbot eintreten. Die Menschen hier – sei es haupt- oder ehrenamtlich – sind täglich mit den Schicksalen konfrontiert. Die Geflüchteten haben hier Zuflucht gefunden und befinden sich durch drohende Abschiebungen weiter in unsicheren Lebenslagen.“, stellt Reichinnek klar. Weiter: „Gerade Osnabrück, das sich gerne als Friedensstadt bezeichnet, steht hier in der Verantwortung ein Signal zu senden. Das Vorgehen der anderen Parteien zeigt, dass es sich dabei nur um leere Worthülsen handelt. Und Zeitnot sollte bei dieser Frage in einer Demokratie kein Argument sein, vor allem da es sich bei dieser Resolution um unseren einzigen Antrag gehandelt hat.“